

Herr Liene rügt die Kommunikation der Verwaltung. Im Ältestenrat am 06.07.2022 habe hierzu ein Austausch stattgefunden und die Verwaltung sollte prüfen, ob die Gemeinde als kommunalen Träger in die Grundversorgung für Strom und Gas einsteigen könne. Nun stünde in der Vorlage, dass der Vertrag für Gas bereits am 06.07.2022 unterschrieben worden sei. Dies sei im Ältestenrat nicht kommuniziert worden.

BM Viehof entschuldigt sich für die fehlende Information. Herr Sterzenbach teilt mit, dass aufgrund der steigenden Preisentwicklung das Angebot am 06.07.2022 mit einem befristeten Widerrufsrecht (Bsp. bei Vorlage eines günstigeren Angebotes) angenommen worden sei. Auch im Nachgang könne vom Vertrag zurückgetreten werden, sofern der Hauptausschuss hierüber in der heutigen Sitzung beschließen.

Herr Liene regt ferner an, aufgrund der Sondersituation „Energiekrise“ die Politik intensiver zu beteiligen. Aus seiner Sicht handle es sich nicht mehr um ein Geschäft der laufenden Verwaltung.

Zuletzt nimmt Herr Liene Bezug auf III. Energiesparmaßnahmen, Flächige Nachtabstaltung der Straßenbeleuchtung zw. 23 und 5 Uhr. Diese Maßnahme sei nicht im Rahmen einer Mitteilungsvorlage abzuarbeiten. Herr Sterzenbach erwidert, dass es sich bei den beschriebenen Maßnahmen um Absichtserklärungen handle. Die Verwaltung erarbeite derzeit eine Vorlage unter Abwägung der technischen Möglichkeiten und Erstellung eines Konzeptes für die ABS-Sitzung im Oktober.

Herr Strausfeld nimmt Bezug auf den ersten Redebeitrag von Herrn Liene und bemängelt ebenfalls die fehlende Kommunikation. Er bittet den BM, die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Politik zu stärken und offen zu kommunizieren.

Frau Faßbender fragt nach, da nicht alle Straßenlaternen im Gemeindegebiet mit LED-Technik ausgestattet seien, ob weitere Leuchtmittel durch Kontaktaufnahme mit dem Betreiber (Westnetz GmbH) perspektivisch ausgetauscht werden könnten. Herr Sterzenbach verweist auf die Mitteilungsvorlage aus der ABS-Sitzung v. 14.04.2021 (XV/0132/V) und erläutert die wesentlichen Aspekte. Aktuell seien knapp 40 % der Straßenlaternen mit LED-Technik ausgestattet. Ziel sei die gesamte Umrüstung des Netzes. Eine Berichterstattung/Beratung im ABS folge.

Herr Thienel führt aus, dass die Verwaltung grundsätzlich zur sparsamen Haushaltsführung verpflichtet sei. Die Notwendigkeit der Politik, abgeschlossene Verträge für Strom und Gas zu prüfen, sehe er daher nicht.

Herr Utsch nimmt ebenfalls Bezug auf III. Energiesparmaßnahmen. Ihm fehle die Verbindlichkeit bzw. nähere Erläuterung der Maßnahmen. Weiterhin sollte die Wirksamkeit der Maßnahmen geprüft werden. Herr Sterzenbach entgegnet, dass die Mitteilungsvorlage der Politik einen ersten Ausblick bieten solle. Maßnahmen, die eine Zustimmung der Politik erfordern, würden selbstverständlich eingeholt. Bei einem Teil der Maßnahmen handle es sich jedoch um Geschäfte der laufenden Verwaltung, z.B. Absenkung der Raumtemperatur. Herr Derscheid weist nochmals auf die Notwendigkeit hin, Energie einzusparen und nicht nur neue Verträge abzuschließen. Frau Lehmacher ergänzt, dass die Mitarbeiter der Verwaltung sensibilisiert werden sollen, auch durch kleinere Maßnahmen, z.B. Computer abschalten, Energie einzusparen.

Herr Reisbitzen erinnert die Verwaltung an die Bearbeitung der Anträge der CDU-Fraktion zu Energiesparmaßnahmen (Errichtung Photovoltaikanlage, Energiegewinnung aus Abwasser, etc.). Man dürfe nicht nur die Symptome behandeln.

Herr Mittermeier fragt nach, von welchen Ausgangstemperaturen die Becken des Hermann Weber Bades um 2-3 Grad Celsius abgesenkt worden seien. Da keine Beantwortung in der Sitzung möglich ist, wird dies der Niederschrift beigelegt.

Hinweis der Verwaltung:

Becken	Temperatur früher (in °C)	Temperatur aktuell (in °C)
<i>Sportbecken</i>	28	25
<i>Erlebnisbecken</i>	31,5	28
<i>Planschbecken</i>	32	30
<i>Außenbecken</i>	28	Unbeheizt (23.08.22 – 07.00 Uhr: 24)

Herr Liene plädiert nochmals an die Verwaltung, die Politik – auch bei Geschäften der laufenden Verwaltung – intensiver einzubinden (Symbolpolitik nach Außen).

Frau Radtke fragt nach, da alle Preisangaben im netto angegeben seien, wie hoch die hinzukommenden Umlagen und Steuern ausfielen. Herr Sterzenbach erwidert, dass der Aufschlag für Umlagen und Steuern zusätzliche rund 40 % betrage (Gesamtbruttopreis).

Weitere Redebeiträge ergeben sich nicht.